Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1906)
Heft: 3-4

Artikel: Die kommende Friedens-Konferenz
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802521

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

politischen Freunde wollen den Frieden zwischen den beiden blutsverwandten Nationen. Er sei der Ueberzeugung, dass im englischen Volke dieselben Anschauungen obwalten. Niemals habe England versucht, eine Feindseligkeit gegen Deutschland zu bekunden. Deutschland bedarf einer starken Flotte zum Schutze seines ausgebreiteten Handels und Industrie, insbesondere aber seiner Kolonien. Damit sei aber keineswegs eine Bedrohung des Auslandes verbunden. Ebensowenig empfinde es Deutschland als eine Bedrohung, wenn England seine Flotte vergrössere. Beide Völker haben bewiesen, dass sie für ihre geistigen Errungenschaften das grösste Interesse haben. Ebenso wie es in London eine Goethe-Gesellschaft gebe, so existiere in Deutschland eine Shakespeare-Gesellschaft. Zwei Nationen, die geistig so eng miteinander verbunden sind und solche Ideale besitzen, haben kein Verständnis für kriegerische Verwicklungen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ein Krieg zwischen England und Deutschland würde das Lebenswerk des Kaisers und der Kaiserin Friedrich zerstören. (Stürmischer Beifall.)

Kaufmann Hermann Hecht, in Firma Hecht, Pfeiffer & Co., führte aus, dass der Exporthandel beider Nationen eine volle Vernichtung erfahren würde, wenn es zwischen England und Deutschland zum Kriege käme.

Universitätsprofessor Dr. Paulsen: Er glaube im Namen aller deutschen Universitätsprofessoren sprechen zu dürfen und sagen zu dürfen, dass die Männer der deutschen Wissenschaft einen Krieg zwischen England und Deutschland für das grösste Unglück hielten, das man sich denken könne. Ein Krieg zwischen zwei derartigen Kulturvölkern würde die Kulturmission Europas vollständig vernichten. Die Beziehungen von Kunst, Wissenschaft und Literatur zwischen beiden Nationen seien derartig miteinander verflochten, dass ein Krieg die verheerendsten Folgen haben würde. Deutschland verdanke viel der englischen Kunst, Wissenschaft und Literatur, den englischen Philosophen. Das gleiche gelte aber über England gegenüber Deutschland. Kant und Hegel seien in England ebenso hoch geschätzt wie in Deutschland. Die beiden Kulturvölker seien wahrlich zu einem edleren Wettstreit berufen als zu dem blutigen der Waffen. Eine Schürung des Hasses zwischen England und Deutschland sei nicht nur ein törichtes, sondern auch ein frevelhaftes Beginnen. Aber nicht nur vom Standpunkte der Kunst, Wissenschaft und Literatur, sondern gewiss auch vom Standpunkt der Politik sei ein Krieg zwischen England und Deutschland auf das entschiedenste zu verwerfen. Ein solcher Krieg würde alle Kultur lahmlegen und ein Unglück für die ganze zivilisierte Welt sein.

Der Vorsitzende des Vereins für die chemische Industrie Deutschlands und Mitglied des Reichsgesundheitsamtes, Kommerzienrat Dr. Holtz, wies darauf hin, welch unendlichen Schaden der chemischen Industrie durch einen Krieg mit England entstehen würde. Es seien auch auf dem chemischen Gebiete die engsten Beziehungen zwischen Deutschland und England vorhanden. Liebig und Hoffmann seien in England ebenso geachtet und geehrt wie in Deutschland.

Reichstagsabgeordneter Schrader wies nach, dass nicht nur vom Standpunkt der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Technik, sondern auch vom Standpunkt des politischen und Wirtschaftslebens ein Krieg mit England für beide Nationen das grösste Unheil wäre. Man sei in beiden Ländern überzeugt, dass nur der Friede das Wohl beider Völker fördern könne. Es wäre aber auch Pflicht der Presse, dies gute Einvernehmen nicht zu stören, sondern im Gegenteil zu bestärken.

Vizepräsident des Aeltestenkollegiums, Stadtrat Dr. Max Weigert: Handel und Industrie seien bei der engen Verbindung, die auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen der ganzen Welt bestehe, die besten Pioniere für freundschaftliche Beziehungen der Nationen.

Dr. Weigert ersucht die Versammlung, folgender Erklärung zuzustimmen: Die Versammlung begrüsst mit Freuden alle Bestrebungen, die auf Herstellung und Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der englischen und der deutschen Nation gerichtet sind. Indem sie die Wünsche für ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Völkern, die in verschiedenen, von hervorragenden Männern Grossbritanniens in London veranstalteten Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden sind, auf das wärmste erwidert, spricht sie die Ueberzeugung aus, dass ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England dazu berufen ist, nicht nur die Interessen beider Nationen, sondern auch die geistige und wirtschaftliche Entwicklung der Welt auf das wirksamste zu fördern. (Stürmischer Beifall.)

Diese Erklärung gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. Alle Redner hatten einen stürmischen Beifall geerntet.

Der Vorsitzende, Stadtältester Kämpf, teilte hierauf mit, dass der Präsident des 16,000 Mitglieder umfassenden Vereins der reisenden Kaufleute Englands eine Sympathiekundgebung telegraphisch übersandt habe, in der er betont, dass die reisenden Kaufleute Englands fern von jeder Feindseligkeit gegen Deutschland seien und mit allen Mitteln ein friedliches Einvernehmen zwischen beiden Völkern erstreben. Man solle aus Deutschland eine Deputation nach England schicken, diese werde herzlichste Aufnahme finden. (Stürmischer Beifall.) Er, der Vorsitzende, werde von der Verhandlung und dem Ausgang der Versammlung Kenntnis geben dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow, dem englischen Premierminister, ferner Lord Avebury und Sir Thomas Barclay. Der Vorsitzende schloss darnach die Versammlung mit dem Wunsche, dass die Verhandlungen zum Segen und Heil für Deutschland und England sein mögen.

Von Bülow traf hierauf folgende Antwort ein: Von der durch das gefällige Schreiben vom 17. dies mir übermittelten Resolution, die von der zahlreichen Versammlung im Börsengebäude einstimmig gefasst wurde, habe ich mit lebhaftem Interesse und grosser Genugtuung Kenntnis genommen. Die in der Resolution zum Ausdruck gekommenen Gedanken und Bestrebungen sind meiner Sympathie gewiss. Der Reichskanzler: gez. Bülow.

Ferner beschloss die Berliner Handelskammer zur Förderung der Bestrebungen, welche auf eine weitere Befestigung der zwischen der deutschen und englischen Nation bestehenden freundschaftlichen Beziehungen abzielen, eine Kundgebung zu veranstalten, welche zugleich die Erwiderung auf die neuerdings in England geäusserte deutschfreundliche Stimmung sein soll. Die Kammer gab zu diesem Zwecke am 15. Januar ein Festmahl, zu welchem der englische Botschafter sein Erscheinen zugesagt hatte und zu welchem die Vertreter deutscher und hervorragender englischer Handelskammern eingeladen wurden.

——o——

Die kommende Friedens-Konferenz.

Die nachfolgenden interessanten Ausführungen des bekannten englischen Rechtsgelehrten Sir Thomas Barclay, der seit jeher warm für eine Annäherung

auf praktischer Basis zwischen den Nationen eintritt, stammen von einem Berliner Mitarbeiter des „Hannoverschen Courier", dem wir dieselben entnehmen:

Zu den wichtigsten Gegenständen, die im Haag diskutiert werden dürften, gehört meiner Ansicht nach die Schaffung neutraler Zonen zur Abgrenzung der Haupthandelswege auf dem Ozean. Es ist dies eine Frage, der man in Amerika das grösste Interesse entgegenbringt, und mein lieber und geschätzter Freund, Herr Edward Atkinson in Boston, ist drüben der Hauptvertreter der Idee eines neutralen Gebietes im Atlantischen Ozean. Es handelt sich darum, durch internationalen Vertrag neutrale Zonen zwischen den Haupthäfen der Vereinigten Staaten einerseits und den Häfen Grossbritanniens und Irlands und des europäischen Kontinents anderseits zu errichten, innerhalb derer Dampfern und Seglern, in Ausübung gesetzlich erlaubten Handels, freie Passage, ohne eine Intervention oder Beschlagnahme befürchten zu müssen, garantiert werden soll. Eine Ozeanroute ist gerade so gut abgrenzbar wie ein beliebiger Landesteil. Der Seemann vermag seine Position genau auf die Seemeile zu berechnen. Die von den Schiffen benutzten Verkehrsrouten sind heute fast ebenso genau begrenzt wie die Fluss- und Kanalläufe. Diese Handelslinien waren von den Staaten, die untereinander auf den Austausch ihrer Erzeugnisse und Waren angewiesen sind, vertraglich festzulegen. Ihre Neutralisierung wäre zwischen den Staaten, die an den Atlantischen Ozean grenzen, und überhaupt den Nationen, die auf den überseeischen Verkehr angewiesen sind, zu vereinbaren.

Die vorgeschlagene Ozeanroute würde in Zukunft rechtlich dieselbe Stellung wie etwa die Schweiz, Belgien oder der Suezkanal einnehmen. Jede Beschränkung des Kriegsareals ist ein Gewinn. Ich führe vergleichsweise das Gebiet der grossen Seen und der Wasserwege zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada an. Im Jahre 1817 wurden diese durch einfaches Uebereinkommen ohne Zugrundelegung eines besonderen Vertrages neutralisiert. Und was war das Resultat? Forts, die beiderseits errichtet waren, sind heute blosse romantische Ruinen. Man liess sie zerfallen, anstatt sie zu rekonstruieren, zu erweitern und ihnen mit enormen Kosten neue Garnisonen und Geschütze zuzuführen, die möglicherweise zu gefährlichen Zwischenfällen Veranlassung gegeben hätten. Der Handel blühte, ein Kriegsschiff hat man in jenen Gegenden nie zu Gesicht bekommen, und kolossale Ausgaben sind in dem verflossenen Jahrhundert vermieden worden.

Von anderen Dingen, mit denen sich die Konferenz zu beschäftigen haben wird, erwähne ich hier noch die Unzulässigkeit der Beschlagnahme privaten Eigentums auf See, die Kodifizierung der Rechte der Neutralen, eine Revision der Rechte der Kriegführenden auf hoher See, besonders die schwimmenden Minen und unterseeischen Torpedos betreffend, und die Verwendung der „Dum-Dum-Geschosse", eine Frage, die zweifellos wieder auftauchen wird.

Das Thema von der Beschränkung der Rüstungen wird sicher ebenfalls zur Diskussion kommen, aber ich verspreche mir davon auf der nächsten Konferenz noch keine praktischen Resultate. Womit nicht gesagt sein soll, dass eine teilweise Abrüstung als Ergebnis besonderer Vereinbarungen zwischen einzelnen Mächten (Schweden und Norwegen!) überhaupt nicht möglich wäre.

——o——

Der sozialdemokratische Parteitag in Olten und die Militärfrage.

Die sozialdemokratische Partei hat am 11. Februar in Olten über die Militärfrage diskutiert, wobei eine Anzahl Thesen besprochen und in nachstehenden Formen angenommen wurden.

Ohne viele Worte wurde These I angenommen:

„Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

„Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte."

Desto länger wurde dann über These II verhandelt:

„Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von aussen."

Referenten über diese wie über die anderen Thesen waren Greulich in deutscher und Advokat Rapin (Lausanne) in französischer Sprache. Greulichs Referat war ein oratorisches Meisterstück, das der 200 bis 300 Teilnehmer zählenden Versammlung mehrmals tosende Beifallsstürme entlockte. Er betonte, dass tausendjährige Individualitäten wie die Völker Europas durch Phrasen nicht wegzuwischen seien, und dass sich nur der chauvinistische und der sentimentale, nicht aber der vernünftige Patriotismus überlebt hätten. Das schweizerische Vaterland sei ein Boden, der für den, der nicht rückwärts, sondern vorwärts wolle, noch der Verteidigung wert sei. Mit dem bürgerlichen Staat sei es noch lange nicht so weit, dass er nur einen Schupf brauche, um zu verschwinden. Nur ein Wahnsinniger könne behaupten, die Arbeiterschaft unserer Hauptindustrien sei jetzt schon zur Durchführung der gesellschaftlichen Produktionsform befähigt. Einstweilen gelte es, durch politische und gewerkschaftliche Arbeit Schritt für Schritt weiter zu kommen. Dem sei aber die antimilitaristische Liga, die die ganze Arbeiterbewegung diskreditiere, im Wege. Trotz den Antimilitaristen dürfe die Sozialdemokratie die nationale Gemeinschaft mit den Bauern nicht verleugnen und müsse für ein Volksheer eintreten, das in der Stunde der Gefahr das Land verteidigt.

Unter den Bekämpfern der Antimilitaristen taten sich dann durch gewandte Voten besonders noch die Genossen Beyeler (Lausanne) und Oberrichter Otto Lang (Zürich) hervor. Letzterer betonte, dass ein frivoler Angriff von aussen in der Schweiz einen wahren patriotischen Taumel entfesseln würde. Der Mangel nationalen Empfindens sei auch heute noch ein Zeichen innerer Fäulnis eines Volkes; ein solches Volk könnte sich auch für die sozialistischen Ideale nicht kräftig ins Zeug legen. Erst allmählich werde die patriotische Idee einen höheren Inhalt bekommen. Es gelte jetzt vor allem, die Agitation unter der Bauernsame, die das wichtigste Problem für die schweizerische Sozialdemokratie sei, nicht durch das antimilitaristische Wesen zu verpfuschen. Der wirksamste Revolutionär sei nicht der, der die schönsten Ideen und das grösste persönliche Heldentum besitze, sondern der, der hinter eine unter den vorliegenden Verhältnissen zu verwirklichende Forderung die stärkste Kraft setze.

Die definitive Fassung von These III lautet:

„Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks.